

## B-01 Beteiligung stärken: On- und Offline verschmelzen

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 27.09.2016  
Tagesordnungspunkt: B Beteiligung

1 Basisdemokratie gehört seit jeher zum grünen Selbstverständnis. Grün ist die Mitmachpartei.  
2 Unsere Mitglieder können auf allen Ebenen mitbestimmen, offline und künftig auch noch viel  
3 stärker online. Wir wollen 2020 die erste Partei sein, die Offline und Online auf allen  
4 Ebenen verbindet.

5 Für unsere Demokratie sind Parteien unverzichtbar. Doch sie stehen vor der Aufgabe, sich dem  
6 gesellschaftlichen Wandel anzupassen. Engagement ist heute projektbezogener, kurzfristiger,  
7 unmittelbarer und wird oft außerhalb von Parteien ausgeübt. Durch die Digitalisierung sind  
8 neue Wege der Beteiligung entstanden. Nichts davon macht Parteien überflüssig. Vielmehr  
9 ergeben sich Chancen, die wir nutzen wollen. Dabei sehen wir mit Sorge einen  
10 gesellschaftlichen Vertrauensverlust in Parteien. Wir wollen darauf reagieren, indem wir  
11 unsere Partei weiterentwickeln. Wir sind dann attraktiv, wenn wir politische Debatten auf  
12 der Höhe der Zeit führen, politische Alternativen formulieren und dafür neue technische  
13 Möglichkeiten nutzen.

14 Die besondere Aufgabe von Parteien liegt in der Formulierung politischer Forderungen, der  
15 Integration gesellschaftlicher Gruppen und der Legitimation des politischen Systems auch in  
16 der Partizipationsfunktion für Bürger\*innen wie auch in der Auswahl von politischem  
17 Personal. Daraus ergibt sich eine besondere Rolle von Parteimitgliedern: Sie haben nicht nur  
18 die Möglichkeit, an den allgemeinen Wahlen teilzunehmen, sondern auch Einfluss auf die  
19 Formulierung von Politik Inhalten und die Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten für  
20 öffentliche Ämter. Insbesondere für die inhaltliche Partizipation von Parteimitgliedern  
21 bietet Digitalisierung neue Chancen.

22 Demokratie lebt von inhaltlichem und sachlichem Diskurs, öffentliche Debatten sind Grundlage  
23 für demokratische Entscheidungen. Dabei kann das Internet helfen, Parteimitglieder noch  
24 stärker einzubinden als bisher. Digitalisierung ist dabei kein Heilsversprechen, digitale  
25 Beteiligung ist nicht automatisch besser und wird nicht alle Beteiligungsprobleme lösen  
26 können. So sind im Internet oftmals diejenigen aktiv, die auch in der Offline-Welt schon zu  
27 den Aktiven gehören. Online-Plattformen tendieren zu Homogenität statt Pluralität der  
28 Meinungen und bisherige Online-Debatten sind oft stärker von Emotionen als von sachlichen  
29 Gründen geprägt.

30 Doch digitale Beteiligungsmöglichkeiten bieten auch einen echten Mehrwert, den wir nutzen  
31 wollen, um bestehende Strukturen zu ergänzen. Dabei gilt: Auch wenn digitale Werkzeuge  
32 vieles erleichtern, persönliche Zusammenkünfte werden sie nicht ersetzen.

33 Stärkere Partizipation und klare Repräsentation gehören in einer modernen grünen Partei  
34 zusammen. Denn es zeigt sich: Weder direkte Demokratie noch gewählte Repräsentant\*innen  
35 garantieren für sich allein moralische, gerechte und substantielle Politik. Wir wollen  
36 deshalb noch stärker beide Möglichkeiten verbinden, denn wir sind uns sicher: Breitere  
37 Beteiligung schafft Gemeinschaft in unserer Partei und führt zu größerer Legitimation von  
38 Entscheidungen, kann aber gewählte Gremien und Organe nicht ersetzen.

39 A.) Begonnene Wege fortsetzen

40 In den vergangenen Jahren sind wir beim Aufbau netzbasierter Service-Instrumente und  
41 digitaler Beteiligungsmöglichkeiten einen großen Schritt vorangekommen, haben Fehler gemacht  
42 und viel gelernt. Doch gerade beim Erkunden neuer Wege sind Fehlschläge auch Lernerfolge.

43 Wir haben mit der Urwahl der Spitzenkandidat\*innen, mit verschiedenen Mitgliederbefragungen  
44 und mit den europäischen Primaries viele Beteiligungswege ausprobiert.

45 Wir haben neue Werkzeuge eingeführt, von Wurzelwerk über Textbegrünung bis hin zu  
46 Antragsgrün. Es zeigt sich, dass insbesondere Werkzeuge, die aus der Partei heraus  
47 entstanden sind, gut angenommen werden. Besonders die Netzbegrünung hat dabei wichtige  
48 Arbeit geleistet, für die wir dankbar sind. Die begonnenen Wege möchten wir fortsetzen und  
49 dabei auf eine kooperative Fortentwicklung unserer Instrumente setzen, statt ein  
50 Sammelsurium nicht verwendeter digitaler Tools zu schaffen.

51 Grünes Netz: Ein Zugang für alles

52 Mit dem Grünen Netz haben wir erstmalig die Möglichkeit für die Landesverbände und den  
53 Bundesverband geschaffen, Online-Werkzeuge schnell und einfach zugänglich zu machen und uns  
54 aus der starren Wurzelwerk-Struktur zu lösen. Zugleich ist das grüne Netz das Eingangsportal  
55 für alle digitalen Beteiligungsmöglichkeiten, denn wir können über unsere Mitgliedsdatenbank  
56 sicherstellen, dass nur Mitglieder mitentscheiden. Damit ist eine sichere und verbindliche  
57 onlinebasierte Mitgliederbeteiligung möglich. (s. Graphik am Ende des Antrages)

58 Antragsgrün: Antragsverwaltung

59 Wir haben Antragsgrün vor zwei Jahren auch für Bundesparteitage eingeführt. Es leistet einen  
60 wichtigen Beitrag für eine größere Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Anträgen.  
61 Gemeinsam mit dem Verein Netzbegrünung, den Macher\*innen von Antragsgrün, entwickeln wir es  
62 weiter, damit künftig auch die Antragseinreichung und Nachverfolgung von Anträgen  
63 erleichtert wird. Dieses Projekt werden wir bis zur Programm-BDK im Juni 2017 umsetzen.

64 Wurzelwerk: das neue Wissenwerk

65 Das Wurzelwerk entwickeln wir zum Wissenswerk weiter. So wollen wir gewährleisten, dass alle  
66 Aktiven schnell Aktionsideen, Argumentationshilfen und den gesammelten Erfahrungsschatz,  
67 insbesondere von der kommunalen Ebenen, der Partei für ihre Arbeit auffinden können.

68 Weitere Tools: Textbegrünung, Termite und Co

69 Wir wollen politische Arbeit durch Online-Instrumente erleichtern. Bewährt hat sich seit  
70 langem die „Textbegrünung“, ein Instrument, um gemeinsam Texte zu erstellen und zu  
71 bearbeiten. Mit der „Termite“ bieten wir eine datensparsame Alternative zu Doodle  
72 (Terminfindung) und ermöglichen einfache Abstimmungen in überschaubaren Gruppen. Das sind  
73 insbesondere Instrumente, mit denen von der kleinsten Arbeitsgruppe im Kreisverband über  
74 BAGen bis hin zu großen Flächenkreisverbänden Mitglieder ortsungebunden miteinander arbeiten  
75 können.

76 Aus den Landesverbänden erfahren wir eine positive Resonanz auf diese Instrumente.

77 Darüber hinaus gibt es den Wunsch, weitere Angebote auf Bundesebene zu schaffen, die neue  
78 Beteiligungswege eröffnen und die von den Landesverbänden und auf Kreisverbandsebene genutzt  
79 werden können.

80 B.) Neue Wege einschlagen

81 Wir wollen die Möglichkeiten der Mitgliederbeteiligung bis 2020 daher weiter ausbauen. Das  
82 ist ein innovationsoffener Prozess.

83 1. Basisbegehren einführen

84 Der Bundesvorstand wird aufgefordert, bis zum Parteitag Ende 2017 einen satzungsändernden  
85 Antrag für die Einführung eines Basisbegehrens vorzulegen und dafür eine technische  
86 Infrastruktur im Grünen Netz vorzubereiten.

87 Ein Basisbegehren auf Bundesebene bedeutet, dass 250 Mitglieder gemeinsam die Behandlung  
88 eines Themas im Bundesvorstand erzwingen können. Die Antragssteller\*innen erhalten

89 verpflichtend in der Regel innerhalb einer Frist von vier Wochen eine Stellungnahme des  
90 Bundesvorstandes zu ihrem Anliegen. Über eine Plattform, angedockt an gruene.de, kann ein  
91 Basisbegehren von einem Mitglied vorgeschlagen und von 249 Parteimitgliedern unterstützt  
92 werden. Ebenso kann auf der Plattform das Begehren selbst sowie die Reaktion der Vorstände  
93 diskutiert und bewertet werden. Es gilt die Netiquette. Wir würden uns freuen, wenn auch  
94 Landesverbände und Kreisverbände dieses Instrument nutzen und Mitgliederbegehren  
95 ermöglichen, natürlich mit anderen Quoren.

## 96 2. Basisbefragung ausbauen

97 Wir wollen unsere Mitglieder durch frühzeitige Mitgliederbefragungen stärker in die  
98 programmatische Weiterentwicklung einbeziehen. In den letzten Jahren haben wir im Bund und  
99 auch in den Ländern mit Befragungen bereits gute Erfahrungen gemacht. Der Bundesverband legt  
100 in der Regel jährliche Schwerpunktthemen fest. Zu mindestens einem der Themen wird einmal im  
101 Jahr eine Online-Umfrage durchgeführt, um Meinungen einzuholen und Debatten vorzubereiten.  
102 Die Befragung ergänzt politische Debatten, ersetzt sie aber nicht.  
103 Zusätzlich wird der Bundesvorstand aufgefordert, bis zum Parteitag Ende 2017 einen  
104 satzungsändernden Antrag vorzulegen, der regelt, dass eine Online-Befragung aller Mitglieder  
105 zu einem Themenkomplex erfolgen muss, wenn zwei Prozent der Mitglieder dies wünschen. Der  
106 Vorschlag der Umfrage sowie die Sammlung der Unterstützer\*innen sind über eine ähnliche  
107 Plattform wie zum Basisbegehren möglich. Zusätzlich wird der Bundesverband aufgefordert,  
108 Instrumente und Service zur leichten Erstellung und Auswertung von Umfragen für die  
109 Landesverbände und Kreisverbände anzubieten.

## 110 3. Urabstimmung stärken

111 Urabstimmung und Urwahl sind Instrumente, die wir in der Vergangenheit oft benutzt haben,  
112 sie sind in der Satzung geregelt und auch teilweise gesetzlich verankert. Wir wollen die  
113 gesetzlichen Regelungen für Urabstimmungen ausweiten.  
114 Anders als bei Basisbegehren und Basisbefragung treffen wir im Wege der Urabstimmung nach  
115 dem Parteienrecht verbindliche Entscheidungen. Das erfordert einerseits besondere Sorgfalt  
116 und hohe technische Schutzhürden und andererseits die Vereinbarkeit mit den Vorgaben des  
117 Parteiengesetzes.  
118 Laut Gesetz sind Entscheidungen über Vorstands- und Vorsitzendenwahlen ebenso wie  
119 Entscheidungen über Parteiprogramme, Satzung, Beitragsordnung, Schiedsgerichtsordnung,  
120 Auflösung und Verschmelzung der Partei allein den Parteitagen vorbehalten. In all diesen  
121 Fällen sind nur empfehlende oder bestätigende Mitgliederentscheide möglich. Ausdrücklich  
122 geregelt ist die Urabstimmung nur für den Fall der Auflösung oder Verschmelzung von  
123 Parteien, dort muss sie zwingend zum Beschluss des Parteitags hinzutreten.

124 Wir gehen auf die anderen Parteien zu, um das Parteiengesetz zu ändern. Wir wollen, dass  
125 künftig verbindliche Entscheidungen über Parteiprogramme, Satzung, Beitragsordnungen und  
126 Schiedsgerichtsordnungen in Urabstimmungen möglich sind.  
127 Sollten diese Änderungen erfolgen, dann könnten wir beispielsweise ein neues  
128 Grundsatzprogramm in einem verbindlichen Mitgliederentscheid beschließen. (s. Graphik am  
129 Ende des Antrages)

## 130 4. V-Anträge zu BDKen vorab digital bestimmen

131 Wir wollen auch auf BDKen neue Wege gehen: Im Vorfeld der BDK können von den allen  
132 Parteimitgliedern fünf V-Anträge per online-Abstimmung ausgewählt werden, die in jedem Fall  
133 auf der BDK behandelt werden und ggf. besser in die Tagesordnung eingebaut werden können.  
134 Weitere V-Anträge werden wie gehabt auf der BDK gerankt.

## 135 5. European Primaries reloaded

136 Die Europäische Grüne Partei wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Bundesverband nach einem

137 Weg zu suchen, um die Auswahl der europäischen Spitzenkandidat\*innen erneut in einem  
138 öffentlichen und offenen Verfahren durchzuführen. Bis zum Parteitag Ende 2017 soll dafür ein  
139 Konzept vorliegen, welches die Erfahrungen der letzten Europäischen Primaries berücksichtigt  
140 und ein verändertes Verfahren vorsieht.

#### 141 C.) Grüne Kultur stärken

142 Wir wertschätzen Beteiligung und wollen unsere grüne Kultur der Basisdemokratie stärken.  
143 Dabei gilt es neue Wege zu gehen, aber alte Errungenschaften beizubehalten.

#### 144 Frauenvotum

145 Analog zu unserer Satzung § 4 sollte es auch online die Möglichkeit eines Frauenvotums  
146 geben. Das muss bei der Ausgestaltung der Verfahren bedacht werden. Bei allen  
147 Beteiligungsmöglichkeiten sollte auch darauf geachtet werden, dass der Frauenanteil der  
148 Teilnehmenden dem Frauenanteil in der Partei entspricht.

#### 149 Datenschutz

150 Datenschutz, Daten- und IT-Sicherheit und Datensparsamkeit sind auch bei Online-Tools unser  
151 oberstes Gebot.

#### 152 Offline-Beteiligung

153 Wir werden bei allen Fortentwicklungen unserer Verfahren, besonders bei Basisbegehren und  
154 Basisbefragung, darauf achten, dass sowohl eine Online- als auch immer eine Offline-  
155 Beteiligung möglich ist, damit niemand ausgegrenzt wird.

#### 156 Barrierefreiheit

157 Bei der Umsetzung unserer Beteiligungsoffensive achten wir auf größtmögliche  
158 Barrierefreiheit, damit sich alle beteiligen können.

#### 159 Ombudsperson

160 Der Bundesverband wird aufgefordert bis zur BDK im Herbst 2017 einen Vorschlag zur  
161 Einführung einer Ombudsperson Beteiligung einzuführen. Damit schaffen wir eine neutrale  
162 Stelle, an die sich Mitglieder wenden können, die Fragen zum Verfahren haben und die auch an  
163 die BDK über ihre Arbeit berichtet.

#### 164 Beteiligungsordnung

165 Wir geben uns rechtzeitig zu 2017 eine Beteiligungsordnung, die die detaillierte  
166 Ausgestaltung der Beteiligungsinstrumente regelt.

#### 167 D.) Finanzierung

168 Organisationsentwicklung erfordert neben einem langen Atem auch Geld. Zur Umsetzung dieser  
169 Strategie wird für das Jahr 2017 pro Mitglied ein Euro vorab direkt von der Summe der  
170 staatlichen Teilfinanzierung, die von der Bundestagsverwaltung an die GRÜNEN ausbezahlt  
171 wird, abgezogen und für dieses Projekt bereitgestellt. Damit tragen alle Ebenen der Partei  
172 ihren Anteil an der Umsetzung.

173 Ende 2017 wird der Stand auf der BDK evaluiert und ggf. die weitere Finanzierung  
174 festgesetzt. Mit diesem Geld wird eine Softwarelösung für den Basisentscheid und die  
175 Mitgliederbefragungen finanziert und eine zur Betreuung notwendige Service-IT-Stelle in der  
176 Bundesgeschäftsstelle geschaffen, die Landesverbänden und Kreisverbänden bei der Umsetzung  
177 von Basisbefragungen hilft und die Softwareeinführung begleitet. Der Bundesfinanzrat  
178 überwacht die Einhaltung dieses Finanzrahmens und übernimmt das Controlling der Gelder.

## Begründung

Dieser vorliegende Antrag beruht auf der Diskussion in der AG Beteiligung. Wir danken den Mitgliedern der AG Beteiligung Gesine Agena, Emily Büning, Michael Kellner, Anna von Notz, Felix Pahl, Paula Piechotta, Jochen Ruoff, Gerhard Schmid, Malte Spitz und Marianne Weiß für die Mitarbeit.

Mit dem Antrag wollen wir den weiteren Prozess für die Fortentwicklung unserer Partei angehen. Die Taskforce soll auch in den nächsten Jahren den Entwicklungsprozess weiter begleiten. Wenn dieser Antrag beschlossen wird, werden wir in einem Jahr über die entsprechenden Änderungen unserer Satzung und der Beteiligungsordnung abstimmen. Natürlich ist damit keine Entscheidung vorweggenommen. Doch wir wollen als Vorstand von dem Parteitag wissen, ob die Partei in ihrer Gesamtheit diesen Weg weiter gehen will.

Der Bundesfinanzrat hat diesem Verfahren zugestimmt.

The image shows two parts: a website screenshot on the left and a flowchart on the right.

**Website Screenshot (GRÜNES NETZ):**

- Header: GRÜNES NETZ, HELLES GRÜNES
- User: Hallo Maria Musterfrau
- Section: Gezielte Anwendungen
- Grid of tools:
  - WURZELWERK (für große Wählerkreise)
  - ANTRAGSGRÜN (für große Antragsmassen)
  - TEXTBEGÜNNUNG (für große Textmassen)
  - TERMITTE (für große Textmassen)
  - WAHLATLAS (für große Wählerkreise)
  - WAHLKAMPF-HANDBUCH (für große Wählerkreise)
  - E-SHOP (für große Wählerkreise)
  - SHOP DER GRÜNEN (für große Wählerkreise)
  - SHARPF-GENERATOR (für große Wählerkreise)
  - LOGOGENERATOR (für große Wählerkreise)
  - GRÜNLINK (für große Wählerkreise)
  - ÖFFENTLICHER E-SHOP (für große Wählerkreise)

**Flowchart (BETEILIGUNG):**

- Vertical labels: MITGLIEDER (left), GRÜNE POLITIK (right)
- Process steps (indicated by arrows):
  - Anträge:** 30 Personen stellen gemeinsamen Antrag auf BÜRO (3 Delegierte gemeinsam auf Landesart)
  - Basisabgehen:** 250 Mitglieder einstimmige Behandlung eines Themas im Bundesvorstand, Vorrecht besteht Bildung
  - Basisbeteiligung:** Vorstand beauftragt Basis mit 6 Basisgruppen in 500 km umgeleiteter Umgebung von Online-Öffentag durch Basis in einem Thema, wenn 20-500 Mitglieder dazu vorhanden
  - Überprüfung:** Entscheidung über Erfolg und Fortschritt, Entscheidung über Basis, wenn 1% der Mitglieder Anwesenheit der Basisgruppen und 10% der Mitglieder bei Online-Öffentag, Entscheidung über Fortschritt, Entscheidung über Programm, Satzung ist ein vorrangiges